STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 1655/2018

60. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Umbau Ganghoferstraße - Abwägungsbeschluss			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	29.10.2018	
Verfasser	Pohl, Daniel	Zuständiges Amt	Amt 4	
Sachgebiet	41 Stadtplanung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung	Abzeichnung OB:		
Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Planungs- und Bauausschuss	vertagt	14.11.2018	Ö
2	Planungs- und Bauausschuss	Vorberatung	05.12.2018	Ö
3	Stadtrat	Entscheidung	18.12.2018	Ö

Anlagen:	1. Beschlussbuchauszüge 2. Umgriffsplan mit tlw. überlagerten Bebauungsplänen 3. Lageplan Umbaumaßnahmen
----------	--

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadt Fürstenfeldbruck stellt fest, dass die Straßenbaumaßnahme mit den öffentlichen und privaten Belangen im Einklang steht. Die Rechtmäßigkeit der Herstellung gem. § 125 Abs. 2 BauGB wird bestätigt.

Referent/in	Stangl / Bündnis 90/Die Grünen	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in		Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in		Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in		Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat		Ja/Nein/Kenntnis	
Klimarelevanz		gering	
Umweltauswirkungen		gering	
Finanzielle Auswirkungen		Ja	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung			€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag			€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€
Folgekosten			€

Sachvortrag:

Sachstand

Die Stadt Fürstfeldbruck hat das Teilstück der Ganghoferstraße von der Theodor-Heuss-Straße bis zur Wilhelm-Busch-Straße technisch hergestellt.

Nach § 125 BauGB setzt die Herstellung von Erschließungsanlagen i. S. d. Art. 5a Abs. 2 KAG einen Bebauungsplan voraus. Der vorgenannte Straßenabschnitt ist nur teilweise überplant (BBP VF3, BBP 12 / 3 und BBP 12 / 2-2). Liegt ein Bebauungsplan nicht vor, so dürfen nach § 125 Abs. 2 BauGB diese Anlagen nur hergestellt werden, wenn sie den in § 1 Abs. 4 bis 7 BauGB bezeichneten Anforderungen entsprechen. Hiernach waren insbesondere die Belange der Wohnbevölkerung, die Belange des Umweltschutzes und die Belange des Verkehrs zu berücksichtigen. Die öffentlichen und privaten Belange waren gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen (§ 1 Abs. 7 BauGB).

Vorliegend handelt es sich bei dem Teilstück der Straße „Ganghoferstraße“ um eine bereits seit längerem bestehende Straße, die bisher noch nicht vollständig hergestellt wurde (vgl. Baubeschluss des UVA vom 21.03.2017 bzw. 25.01.2017). Somit erfolgt der Straßenbau bestandsorientiert.

Die Straße ist beidseitig bebaut. Der Straßenverlauf ist durch die Bebauung im Wesentlichen vorgegeben. Der Ausbau erfolgte auf der vorhandenen Trasse. Im Zuge des Ausbaus wurde lediglich beidseitig jeweils in 3,0 m Breite ein Gehweg (Radfahrer frei) an-/bzw. umgebaut. Ein Grunderwerb war nicht erforderlich. Der Ausbau wurde mit einer Fahrbahnbreite von 6,0 m geplant. Unter Berücksichtigung des zu erwartenden Ziel- und Quellverkehrs und des Durchgangsverkehrs war ein Ausbau in dieser Breite erforderlich, aber auch ausreichend.

Prüfung und Abwägung

Nach § 1 Abs. 4 BauGB ist die Planung den Zielen der Raumordnung anzupassen. Die hier hergestellte Anlage ist jedoch im Vergleich zur überörtlichen Planung, aufgrund des auf ihr stattfindenden Quell- und Zielverkehrs, von so untergeordneter Bedeutung, dass aus Sicht der Verwaltung die Belange der Raumplanung nicht berührt werden.

Gleiches gilt für die in § 1 Abs. 5 BauGB zu prüfenden übergeordneten Ziele und Vorgaben, welche durch die Herstellung dieser einzelnen, vorherig schon bestehenden Anlage als vereinbar gelten dürfen.

Die in § 1 Abs. 6 BauGB enthaltenen Planungsleitsätze und abwägungserheblichen Belange werden in Verbindung mit der in § 1 Abs. 7 BauGB geforderten Abwägung geprüft:

- Anhand der vor Ausbau existierenden Verkehrsbelastung, welche mit der heutigen Verkehrsdichte identisch ist, wurden vor Lärm schützende Maßnahmen nicht notwendig. Die durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke ist mit ca. 3.000Kfz/24h eher als gering einzustufen.

- Die Straße hat die Funktion einer innerörtlichen Erschließungsstraße für die angrenzenden Wohngebiete, dient jedoch auch geringfügig dem Durchgangsverkehr in und aus Richtung B471.
Somit könnte die Straße der Kategorie ES IV/HS IV zugeordnet werden.
- Die vorhandene Straßenraumbreite wurde in eine 6,0 m breite Fahrbahn und beidseitige 3,0 m breite – für den Radverkehr frei gegebene - Gehwege aufgeteilt. Vor allem die Verbesserung für die Anwohner auf der nordwestlichen Seite und der generell verbesserte Schulweg entlang dieses Teilstücks der Ganghoferstraße sowie die kürzeren und übersichtlicheren Querungsmöglichkeit der Wilhelm-Busch-Straße und der Schubertstraße waren Hauptgründe für die Herstellung dieser Erschließungsanlage.
- Mit den breiten Gehwegen, die für den Radverkehr frei gegeben werden, und der möglichst schmal gehaltenen Fahrbahn, auf der sich aber zwei Busse oder zwei Lkw mit eingeschränktem Bewegungsspielraum, begegnen können, werden die Belange des vorhandenen Personen- und Güterverkehrs und die Mobilität der Bevölkerung (inkl. ÖPNV und nicht motorisierter Verkehr) berücksichtigt (vgl. §1 Abs.6, Punkt 9 und Abs.7, BauGB).
- Die Belange von Natur und Umwelt wurden nicht wesentlich berührt. Der durchgeführte Straßenbau erfolgte bestandsorientiert. Im Zuge der Baumaßnahme werden sogar im Einmündungsbereich der Schubertstraße und im Bereich der Mittelinsel Wilhelm-Busch-Straße bisher versiegelte Flächen entsiegelt und in Anlehnung an das städtische Blühflächenkonzept begrünt.
- Die Nutzung der anliegenden Grundstücke wurde in der Planungsphase anhand von Vorgesprächen mit den jeweiligen Eigentümern zu deren Grundstückseinfahrten ausreichend gesichert. Die Zufahrten über den Gehweg sind hergestellt. Nennenswerte Höhenangleichungen fanden nicht statt. Zufahrten während der Bau-phase waren möglich.
- Grunderwerb von den Privateigentümern war nicht notwendig. Der Ausbau erfolgte bestandsorientiert (vgl. oben) innerhalb der bestehenden Grundstücksgrenzen
- Westlich der Schubertstraße entfallen nach dem Umbau ein paar Parkmöglichkeiten. Da sich im Umgriff der Baumaßnahme hauptsächlich Einfamilien- und Reihenhäuser mit nachgewiesenen Stellplätzen befinden und keine Büros oder Einzelhandelseinrichtungen mit Besucherverkehr vorhanden sind, wird dies als vertretbar erachtet.
- Im Planungsverfahren wurde auch eine Bürgerinformationsveranstaltung (20.02.2017) durchgeführt. Hierbei wurde den Anliegern und Grundstückseigentümern die Planung vorgestellt und nahe gebracht. Die Bedenken/Anmerkungen der Bürger hinsichtlich einer getrennten Führung für Fuß- und Radverkehr, der entfallenen Parkmöglichkeiten, Tempo 30, Einengung der Einmündungsbereiche, ggf. Behinderung des Schwerverkehrs und der Gehwegabsenkungen wurden berücksichtigt (siehe UVA 21.03.2017).

Fazit

Der Stadtrat hat die vorgebrachten Einwände unter Beachtung übergeordneter planerischer Vorgaben, der gemeindlichen Planungsziele und der privaten Belange bei seinen planerischen Erwägungen berücksichtigt und abgewogen. Während diverser Gesprächstermine und Abstimmungen war die Verwaltung bemüht, die von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgebrachten Bedenken angemessen zu berücksichtigen und in die Planung einfließen zu lassen. Damit ist eine Abwägung und fundierte Beschlussfassung gewährleistet. Dort, wo ein Interessenausgleich nicht zu erreichen war hat, sich der Stadtrat, unter Abwägung der in Kollision stehenden Belange, für die höhere Gewichtung des einen Belangs und damit zwangsläufig für die Zurückstellung eines anderen Belangs entschieden. Die Planung der Ganghoferstraße wurde so mehrfach nachgebessert, dem zuständigen Ausschuss vorgestellt sowie im Rahmen der Informationsveranstaltung den Bürgern erläutert bzw. mit ihnen diskutiert und darauf aufbauend Vorschläge berücksichtigt.

Abschließend kommt das Stadtbauamt zu dem auf Seite 1 formulierten Beschlussvorschlag.